

Kiel, 30.04.2004

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 31 - Psychosoziale Beratung von HIV-Positiven und -Gefährdeten in Flensburg

Anna Schlosser-Keichel:

Beratung durch freie Träger hat sich bewährt

Wenn Sie heute Morgen durch den Haupteingang in dieses Haus gekommen sind, müssten Sie eigentlich auf die Broschüre „WEITER LEBEN Mit dem Virus.“ gestoßen sein. Sie enthält nicht nur das Porträt eines HIV-positiven Mannes, sondern auch eine kurze und eingängige Beschreibung der aktuellen Problematik HIV.

Der Umgang mit der Krankheit hat sich im Lauf der vergangenen 16 Jahre stark verändert. In den ersten Jahren der Aids-Epidemie nahm Sterbebegleitung und Schmerzlinderung einen großen Raum in der ärztlichen Betreuung und auch in der Arbeit der Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen ein. Seit 1996 sind neue Medikamente auf dem Markt, und durch die damit verbundenen scheinbaren Heilungserfolge sind die Probleme der HIV-positiven und Aids-kranken Menschen und leider auch die Notwendigkeit von Prävention stark aus dem öffentlichen Bewusstsein geschwunden.

Zu Unrecht! Denn Aids ist heute zwar eine behandelbare, aber immer noch unheilbare Krankheit. Die Probleme sind nicht gelöst, sie haben sich lediglich verändert. Dies zeigt sich auch im Bereich der Prävention. Die Infiziertenzahlen steigen insbesondere bei homosexuellen Kontakten wieder an, dies hat das Robert-Koch-Institut ermittelt. Möglicherweise gaukeln die verbesserten Behandlungsmöglichkeiten eine trügerische Sicherheit vor. Hier müsste eine zielgruppenspezifische Prävention Schwerpunkte setzen.

Die Zahl der Betroffenen steigt immer weiter und durch die lebenslange, regelmäßige und hoch dosierte Medikamenteneinnahme kommt es zu schweren körperlichen und auch seelischen Nebenwirkungen. Die notwendige strikte Einnahmetreue ist belastend – denn vergessene Tabletten können zur Zeitbombe werden. Das bedeutet, dass sich auch die Arbeit der Beratungsstellen verändert hat, aber eines ist klar: Überflüssig ist sie keineswegs geworden.

Wir haben deshalb in den letzten Jahren intensiv beraten – auch zusammen mit den Betroffenen –, welche Hilfen unter den geänderten Bedingungen nötig sind. Wir haben insbesondere auch die regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten gewertet und gewichtet. Ich habe festgestellt, dass das Thema Aids in den letzten vier Jahren 25 mal in den Protokollen des zuständigen Fraktionsarbeitskreises auftaucht. Ich denke, schon dadurch wird deutlich, dass uns die gute – und das heißt auch flächendeckende – Versorgung von HIV-Infizierten und Aids-Kranken ein Anliegen ist. Und deutlich wird dies auch durch unsere Entscheidung bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005, in dem wir die Ansätze des Vorjahres überrollt und damit dokumentiert haben, dass wir von einer Kontinuität bei der Förderung dieses Beratungsangebots ausgehen.

Nun ist bedauerlicherweise der Träger, der bisher das Beratungsangebot im nördlichen Landesteil sichergestellt hat, ausgefallen. Die Notwendigkeit einer psychosozialen Beratung für HIV-positive Menschen und an Aids Erkrankten und von Prävention besteht aber nach wie vor. Auch an unserem Anspruch an die Beratungsstellen, nämlich dass sie unabhängig und niedrighschwellig und möglichst in freier Trägerschaft arbeiten sollten (das sehen ja auch die entsprechenden Förderrichtlinien vor), hat sich nichts geändert.

Wir gehen deshalb davon aus, dass die notwendig gewordene Neuregelung dieses Hilfsangebots keinesfalls zur Kürzung der Mittel zum Anlass genommen wird und dass die dezentrale Arbeit auch für den nördlichen Landesteil weiter sichergestellt wird. Grundsätzlich hat es sich bewährt, diese Beratung in die Hände eines freien Trägers

zu geben. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, auch für die Zukunft zusammen mit der Stadt Flensburg eine Lösung in diesem Sinne zu suchen.

Wir bitten Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und dazu beizutragen, dass die Hilfestellung für HIV-Positive und Aids-Kranke so schnell wie möglich wieder angeboten werden kann.